

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Zeile 1,80 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 6.— Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postkonten Danzig 2945
Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 289

Montag, den 12. Dezember 1921

12. Jahrgang

Das Ozean-Abkommen.

Washington, 11. Dez. (W.T.N.) Das vom Senator Lodge in der gestrigen Sitzung der Senatsrat verlesene Abkommen der vier Mächte lautet wie folgt: Die Vereinigten Staaten, das britische Reich, die französische Republik und das japanische Reich haben beschlossen, zwecks Erhaltung des Weltfriedens und zum Schutze ihrer Rechte betreffend ihre insularischen Besitzungen und ihre insularischen Dominationen im Stillen Ozean ein Abkommen zu schließen. Zu diesem Zweck haben sie Vertreter ernannt, die sich über folgende Bestimmungen geeinigt haben:

1. Die hohen vertragsschließenden Teile verpflichten sich gegenseitig, ihre Rechte bezüglich ihrer insularischen Besitzungen und Dominationen im Stillen Ozean zu achten. Wenn zwischen einigen der hohen vertragsschließenden Teile eine Meinungsverschiedenheit entsteht, die sich aus irgendeiner der Stillen Ozean betreffenden Frage ergibt und ihre oben erwähnten Rechte berührt, und wenn diese Meinungsverschiedenheit nicht auf diplomatischem Wege in befriedigender Weise geregelt wird, und die gegenwärtig zwischen ihnen bestehende erfreuliche Harmonie zu gefährden droht, werden diese Mächte die anderen vertragsschließenden Teile zu einer Konferenz einladen, der die Gesamtheit der Fragen zur Prüfung und Regelung vorzulegen ist.

2. Sollten die oben erwähnten Rechte durch die aggressive Haltung einer andern Macht bedroht werden, so werden die hohen vertragsschließenden Teile sich untereinander in vollständiger und freiwilliger Weise verständigen, um zu einem Einvernehmen über die wirksamsten Maßnahmen zu gelangen, die sie gemeinsam oder getrennt ergreifen werden, um allen Erfordernissen der Lage gerecht zu werden.

3. Das vorliegende Abkommen bleibt von dem Tage an, an dem es in Kraft tritt, 10 Jahre lang in Gültigkeit. Nach Ablauf dieses Zeitraumes läuft es weiter mit dem Vorbehalt, daß jeder der hohen vertragsschließenden Teile das Recht hat, es mit 12 monatiger Kündigung zu beenden.

4. Das gegenwärtige Abkommen wird sobald wie möglich entsprechend den konstitutionellen Gebräuchen der hohen vertragsschließenden Teile ratifiziert werden. Es tritt in Kraft, sobald die Ratifikationsurkunden in Washington niedergelegt sind. Sobald dies geschehen ist, ist die zwischen Großbritannien und Japan am 13. Juli 1911 in London abgeschlossene Konvention aufgehoben.

Die Gewerkschaften als Teilhaber an den Reichseisenbahnen?

Wie man von zuverlässiger Stelle mitteilt, wird der Gedanke der Entstaatlichung der Reichseisenbahnen von der Industrie noch beharrlich verfolgt. Der vielfache Widerspruch, den die völlige Auslieferung der Bahnen an die Industrie gefunden hat, wird die Beteiligten veranlassen, folgenden Vorschlag zu machen: Beteiligt wird an den Bahnen zu dem kleineren Teile der Staat, zu dem größeren die Industrie. Dafür teilt sich die Industrie in die Verwaltung dieses größeren Teiles mit den Gewerkschaften.

Wirth gegen Frankreichs Deutschenangst.

Berlin, 10. Dez. (W.T.N.) Der Reichskanzler gewährte heute dem Vertreter des „Matin“ eine Unterredung, in welcher er die von dem früheren französischen Kriegsminister Vessere und dem Kriegsminister Barthou in der französischen Kammer gegen Deutschland gerichteten Anschuldigungen nachdrücklich entkräftete und zurückwies. Er wies darauf hin, daß Briand am 21. Oktober vor der Kammer mit großem Nachdruck erklärt habe, daß die Abrüstung Deutschlands durchgeführt sei und eine Gefahr für Frankreich nicht mehr bestehe. Die deutsche Regierung könne Briands damalige Ausführungen nur bestätigen, wonach dem europäischen Frieden von Deutschland keine Gefahr drohe, wenn man es der friedlichen Arbeit und der Entwicklung seiner demokratischen Einrichtungen überläßt.

Paris, 11. Dez. (W.T.N.) Der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes sprach sich in einer Tagesordnung gegen die Kammerrede Andre Vesseres aus und stellt fest, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund,

wie durch Enqueten festgestellt sei, alles getan habe, um die Unternehmungen, die früher der Herstellung von Kriegsgerät dienten, in Fabriken umzuwandeln, die der Friedensarbeit dienen.

Teuerungskrawalle in Pommern.

Eine Berliner Korrespondenz meldet: Infolge der ständig steigenden Teuerung ist es in mehreren größeren Orten Westpreußens, vor allem in Graudenz, Thorn, Elbmündung und Dirschau, zu Teuerungskrawallen gekommen, in deren Verlauf in Graudenz und Thorn sogar Militär auf Anforderung der Polizei mit der blanken Waffe einschritt. In Graudenz, wo der gesamte Wochenmarkt von einer etwa tausendköpfigen Menge ausgeplündert wurde, hat es dabei auf beiden Seiten Tote und Verwundete gegeben. Ein Offizier der Reichswehr wurde vom Pferde gerissen und erschlagen.

Direkte Meldungen darüber liegen bis zur Stunde nicht vor.

Die Deutschausweisungen aus Neupolen.

Die „Telegraphen-Union“ will erfahren haben, daß der Pariser Völkerrat an die polnische Regierung das Ersuchen gerichtet hat, die Deutschen aus Neupolen auszuweisen und einzuzwillingen, daß die Streitfälle einem unparteiischen Schiedsgericht zur Entscheidung übertragen werden.

Moratorium und Kreditfrage.

Die deutsche Regierung hat die Entente offiziell davon benachrichtigt, daß sie nicht in der Lage sei, die Anfang des nächsten Jahres fälligen Reparationszahlungen zu leisten. Infolgedessen wird die Entente (vor allem die Reparationskommission) nunmehr Stellung nehmen müssen zu dem den Deutschen zu gewährenden Moratorium, über das Dr. Rathenau bereits in London verhandelt hat. Es ist möglich, sich im Augenblick darüber den Kopf zu zerbrechen, unter welchen Bedingungen das Moratorium gegeben wird. Ganz falsch aber wäre es zu glauben, daß sämtliche Reparationsleistungen auf eine Reihe von Jahren gestundet werden und dadurch die Kreditration der Industrie, über die schon so viel geredet worden ist, überflüssig würde. Auch wenn die Entente sich dazu entschließt, Deutschland ein Moratorium zu gewähren, werden noch genügend Zahlungen übrig bleiben, für die die Aufnahme ausländischer Kredite nach wie vor notwendig sein wird.

Die Sozialdemokratie wird darum mit allem Nachdruck darauf drängen, daß die deutsche Industrie sich durch ihre Vertreter darüber verbindlich äußert, unter welchen Bedingungen sie die freiwillige Kreditaufnahme durchzuführen gedenkt.

Eine Volkonsferenz des Obersten Rates. Wie Reuters meldet, erwartet man, daß eine Volkonsferenz des Obersten Rates unter Teilnahme Italiens und Belgiens zur Erörterung der Frage der deutschen Reparationen sehr wahrscheinlich zu Beginn des neuen Jahres stattfinden werde.

Kommunistenverhaftungen in Thorn. Die „Weichsel-Post“ meldet: Die Thorer Polizei verhaftete die Mitglieder einer Kommunistenorganisation. Wie festgestellt wurde, existierte die Organisation seit Oktober dieses Jahres; ihr Leiter ist der Vorsitzende des Anwaltsverbandes, ein bekannter Agitator, namens Gorgewski. Seine Anhänger waren Mitglieder der polnisch-sozialistischen Partei, darunter der bekannte Sozialistenagitor Restur und ein ehemaliger Internierter, der Ukrainer Pietruszenko. Die Verhaftungen wurden in der Wohnung Gorgewskis und im Lokal des Anwaltsverbandes abgehalten. Bei einer gründlichen Durchsuchung fand man ein ganzes Kommunistenarchiv und große Vorräte von Zarenrubeln in Gold und Silber vor. Es sind 18 Verhaftungen vorgenommen worden.

Ein Vordanschlag ist auf den kürzlich ernannten japanischen Premierminister Baron Takahashi verübt worden. Das Attentat ist das zweite innerhalb weniger Tage. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Das militärische Geheimspiel beim Kapp-Putsch.

Gustav Noke als Zeuge.

Am Sonnabend wurde zunächst General von Seede als Zeuge vernommen. Er machte über die Tage des Kapp-Putsches folgende Angaben: Das Vorgehen Kapps stand mit seinen militärischen Pflichten nicht in Übereinstimmung. Er trat mit den Freikorps in Verbindung, um sie vor ihrer Auflösung zu bewahren und mit ihnen eine schlagfertige Truppe zu bilden. Wirtschaftliche Gründe waren hier maßgebend. Ueber die Gefährlichkeit dieser Bestrebungen gingen die Ansichten auseinander. Am 9. März ging ich zu Noke, um die sofortige Verabschiedung Kapps zu verlangen. Am 10. März fand die Unterredung Kapps mit Ebert statt. Am Abend kamen die Nachrichten über die Verbindung Kapps mit Zivilpersonen, genannt wurden mir Kapp, Pabst und Bauer. Von unserer Seite wurde auf die sofortige Teilnahme dieser Personen gedrungen. Kapp sollte zwangsweise entlassen werden. Die Ereignisse nahmen dann aber rasch ihren Lauf. Der Schutz des Regimentsoberleutnants war dem Regiment des Obersten v. Danneberg anvertraut. Deutsche Truppen auf beiden Seiten sollten am Brandenburger Tor aufeinander schießen. Militärisch war dieser Versuch ausgeschlossen. Man durfte den einmarschierenden Truppen gar nicht die Möglichkeit geben, als Sieger einzuziehen. Gerade weil das militärische Ziel fehlte, hatten die einmarschierenden Truppen kein Interesse an der Sache. Die Annahme, daß Kapp die ganze Reichswehr hinter sich hatte, war falsch. In Schleien und anderen Stellen waren Freikorps, die mit Ehrhardt sympathisierten.

Die Mehrzahl der Reichswehroffiziere stand nicht auf Kapps Seite.

Ein Kampf auf der ganzen Linie hätte, ganz abgesehen von den Nachteilen der Arbeiterschaft, mit einer Niederlage Kapps geendet. Das ganze Reichswehrgruppenkommando 2 in Pommern, Ostpreußen und Westfalen war gegen Kapp. Nur wenige Offiziere standen bei Kapp.

Auf die Vernehmung von Seede folgte die des Staatssekretärs Dr. Freund, der über die Haltung des Geheimrats Torg vernommen wird. Der Zeuge führte folgendes aus: Am 12. März suchte mich Geheimrat Torg auf und sagte mir im Auftrage Kapps, daß ich meiner Stellung enthoben sei. Als ich nach seiner Legitimation fragte, sagte er, daß Kapp Reichskanzler und Ministerpräsident von Preußen sei. In dieser Eigenschaft habe er mich entsetzt. Er, Torg, trete an meine Stelle. Ich verließ unter Protest das Ministerium. Als ich nach fünf Tagen wieder in mein Amt eingesetzt wurde, fand ich Telegramme, die von Herrn v. Jagow unterzeichnet waren, die die Absetzung aller demokratischen und sozialdemokratischen Regierungspräsidenten

verfügten. Herr Meißner, der Geheimrat Torg attached war, sagte, daß Herr v. Jagow, als er rechtlich die Absetzung der Herren nicht verfügen konnte, sie beurlaubte. Oberreichsanwalt: Einige der von Herrn v. Jagow beurlaubten Regierungspräsidenten sind alte Regierungsbeamte. Warum sind sie wohl beurlaubt worden? Zeuge: Weil sie Demokraten waren.

Oberst v. Schoenstedt-Berlin, der darauf vernommen wurde, soll über die Verbindung Generals v. Wittig mit der Zipo ausagen. Der Zeuge führte aus: Anfangs März machte Wittig Andeutungen, daß er mit der Regierung, die die Verfassung nicht durchführte, nicht zufrieden sei. Wir versuchten auf ihn einzureden, und als wir gingen, sagte General v. Eberstein: „Ich glaube, wir haben den alten Herrn mal wieder beruhigt.“ Am Abend des 12. März war ich bei Minister Heine und besprach die Verteidigungsmöglichkeiten. Ich sagte, es genüge, Artillerie an der Havelbrücke bei Spandau aufzufahren; aber man mache nichts. Am 13. März stellte sich dann heraus, daß die im Westen liegende Zipo sich am Einzug beteiligt hatte. Die Mehrzahl der Zipo stand nicht auf Kapps Seite.

Als nächster Zeuge wird dann der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Staatsminister a. D. Serat, vernommen, der zunächst über Verhandlungen mit Hindenburg über dessen eventuelle

Kandidatur für den Posten eines Reichspräsidenten sowie über die Bewegung zugunsten der Ausschreibung von Neuwahlen berichtet. Diese Aktionen, so erklärt Staatsminister Hert, hätten durch die Pläne des Generals Püttwits eine Störung erfahren, was ihn, Hert, peinlich befremdet habe, da er der Meinung gewesen sei, daß die Reichsregierung letzten Endes den künftigen Forderungen auf Ausschreibung von Neuwahlen nachgegeben haben würde. Excellenz Hert führt weiter aus: Die Pläne des Generals Püttwits wurden mir von Oberst Trend angedeutet. Ich nahm mit Dr. Heine Zustimmung und ging am 4. März zu Püttwitz. Wir fragten: Wenn die Regierung ihren Forderungen nicht zustimmt, wie können Sie dann zurück? Püttwitz erwiderte: Zurück kann ich nicht, dann muß man andere Mittel und Wege finden. Hier war eine Pöde in seinen Worten. Wir sagten: Ein Ultimatum kann die Regierung nicht annehmen. Mit Militär können Sie das nicht machen. Das Volk geht nicht mit. Püttwitz aber meinte, es seien zur Abwehr eines Volksaufstandes monatelange Abwehrmaßnahmen notwendig. Mit seinen politischen Forderungen wollte er bis zum April warten. Am 10. März kam Püttwitz plötzlich zu mir und sagte: „Ich fahre zu Ebert.“ Ich warnte ihn nochmals, den Nagel zu überspannen. Dann hörte ich nichts mehr und am 13. ging die Sache los.

Hierauf wurde Reichsjustizminister a. D. Dietrich gehört, der einleitend die Unterredung zwischen Püttwitz, Hert und ihm schilderte und erklärte, daß die Hauptunterhaltung zwischen Hert und Püttwitz geführt worden sei. Der Reuge führt dann weiter aus: Am nächsten Tage kam Püttwitz zu mir in den Reichstag. Er erklärte, daß er bessere Befolgung der Truppen fordere. Als ich erwiderte, es seien keine Mittel dafür vorhanden, sagte er: „Dann hole ich sie mir von der Reichsbank.“ Ich entgegnete: „Dann wird man Sie verhaften.“ Püttwitz antwortete: „Wenn man mich absetzt, ich lasse meine Offiziere alles kaputt.“ Schließlich beruhigte ich ihn, und wir schieden. Oberreichsanwalt Ebermeyer: Welche Ziele hatte Püttwitz? Reuge: Püttwitz wollte selbst nicht, was er wollte. Auch Kapp hatte die Aktion zweifellos nicht durchdacht. Wir war es sofort klar, daß der Kapp-Putsch sich totlaufen mußte.

Noßkes Zeugenansage.

Nach der Mittagspause wurde der frühere Reichswehrminister und jetzige Oberpräsident von Hannover Gustav Noßke vernommen. In dem Augenblick, als Noßke verurteilt werden sollte, erhob sich Rechtsanwalt Böttger-Berlin und protestierte gegen die Verurteilung, da Noßke dadurch Teilnehmer am Kapp-Putsch (!) geworden sei, daß er es unterlassen habe, rechtzeitig Anzeige wegen Hochverrats gegen Kapp und Püttwitz zu erstatten, obwohl er Kenntnis von dem Unternehmen gehabt habe. Das Gericht lehnte nach kurzer Beratung diesen Antrag des Verteidigers ab, da keinerlei Anzeichen dafür beständen, daß Noßke sich mitschuldig gemacht habe. Noßke befindet: Während Bestand in der Reichswehr schon vor Unterzeichnung des Friedensvertrages. Man strebte eine Wiederaufnahme des Kampfes mit der Entente an. Wir hatten Schwierigkeiten mit den Soldaten bei ihrer Entlassung und der Verminderung der Reichswehr. Die Leute der Garde-Motallerie-Schützen-Division waren unzufrieden, weil sie auseinandergerissen werden sollten. Ich hatte auf meinem Schreibtisch, da ich häufig Melodie empfing, die nicht immer sehr laut waren, eine Pistole liegen, doch kann ich mit Genugtuung feststellen, daß ich die Waffe nicht einmal gebraucht habe. An der Marinebrigade spielte die Politik eine gewisse Rolle, da Püttwitz und Ehrhardt sich auf die von der Deutschnationalen Partei erhobene Forderung von Neuwahlen stützten. Auf Druck der Ententekommission hin wurde dann beschlossen, die Formationen aufzulösen. Man hegte zwar damals noch Hoffnung, daß man ein Heer von 200.000 Mann bewilligt erhalten würde, doch habe ich diesen Optimismus nie geteilt. Am 6. März hielt Püttwitz der Marinebrigade in Döberitz eine Ansprache, in der er der Truppe versprach, sie nicht aufzulösen. Am 10. März wurde ich von Offizieren des Reichswehrministeriums gewarnt, ich solle Püttwitz, der Dummheiten in Schilde führe, scharf beobachten lassen. Gleichzeitig hörte ich, daß General Püttwitz geflohen hatte, vom Reichspräsidenten empfangen zu werden. Ich rief Ebert an und bat, zu dieser Besprechung hinzugezogen zu werden. Püttwitz erschien mit den Generälen v. Eidershausen und Ewen. Anfrags brachte er militärische Schenkungen über Unterbringung der Truppen und Verringerung der Reichswehr vor. Er behauptete, daß englische Offiziere ihm gesagt hätten, sie würden eine Auslieferung gegen die Seerechtsverminderung wohlwollend dulden. Das ersetzten mir gänzlich ausgeschlossen. Dann erhob Herr v. Püttwitz seine politischen Forderungen und betonte, er lege großen Wert darauf, daß Reichspräsident Ebert und ich auf unseren Posten blieben. Ich entgegnete ihm, ich ließe mir kein Pronunciamento eines Generals gefallen und fragte ihn weiter, ob er sich nicht überlegt habe, daß eine

Militärrevolte

zu Mord und Todschlag in der Truppe führen müßte. Ich erwartete, daß er daraufhin seinen Abschied nehmen würde. Am 11. März hörte ich dann weiter, daß in der Nationalen Vereinigung ein reges Kommen und Gehen sei und stellte das fest gegen Kapp, Ebert, Bauer, Schickler und Hauptmann Grabowski aus. Die Polizei verurteilte jedoch und

die Verhaftungen mifflückten. Darauf verfügte ich die Verhaftung des Oberst Bauer und des Hauptmanns v. Kessel. Kapitän Ehrhardt zu verhaften, war nach Ansicht meiner maßgebenden Offiziere unmöglich. Vork.: Sie haben dann aber doch den Admiral v. Trotha nach Döberitz geschickt? Noßke: Ich wollte erst selbst nach Döberitz fahren, aber General Reinhardt warnte mich. Bei der Zuspätkung der Tage könne es leicht sein, daß ich von der Marinebrigade festgehalten werde. Vork.: Haben Sie die Berliner Garnison nicht alarmiert? Noßke: Jawohl, unmittelbar nach der Rückkehr des Admirals v. Trotha, der mir allerdings versicherte, er habe nichts Verdächtiges in Döberitz gesehen. Die Sicherheit Berlins übertrug ich General Ewen, der sich jedoch seiner Aufgabe in keiner Weise entledigte. Er sicherte nur das Regierungsviertel. Nachts fuhr ich dann durch die Stadt und war über die beschränkte Sicherung peinlich berührt. Man hätte ein paar hundert entschlossene Leute in den Wald an der Heerstraße schicken müssen, um die ganze Ehrhardt-Gesellschaft zusammenzuholen. Eidershausen und Ewen führten dann abends nochmals zu Ehrhardt, der sich seines Hochverrats klar war, da er Straffreiheit für sich und die Truppen verlangte. Ich antwortete ihm, daß ich mit ihm nicht verhandele und daß ich sein Kommen mit Singeln beantworten würde. Ich bin noch heute, entgegen der Auffassung der militärischen Autoritäten, der Ansicht, daß

ein paar Maschinengewehre den ganzen Spat verhindert hätten.

Das Kabinett war dann in der Nachsicht der Ansicht, daß man einen Kampf vermeiden solle und daß man von außen her dem Spat sehr bald ein Ende machen könne. Bei keinem Minister bestand die Ausnahme, daß durch unser Verhalten Berlin etwa die gescheiterte Regierung erlebte sei. Ich hörte in Dresden, daß meine Ministerkollegen Koch und Gehler und General Maercker gegangen seien und mit Kapp verhandelt. Am nächsten Tage befahl ich General Maercker zu mir. Als er kam, wußte er noch nicht, nach welcher Seite er fallen sollte. Ich merkte das aus seinem ganzen Auftreten und seiner Rede mir gegenüber. Dann sorgte ich dafür, daß er nicht mehr seine Depeschen erhielt, sondern daß sie mir zugeleitet wurden, und aus diesen Telegrammen erlaß ich, daß Maercker bereits in hartem Verkehr mit Berlin stand. Ich habe auch geprückschweide zu General Maercker gesagt: „Wenn es Ihnen Spaß macht, dann fahren Sie nach Berlin und sehen Sie sich die Leute an.“ Aber in seiner Situation des Kapp-Putches war ich bereit, mit den Kapp-Rebellen zu verhandeln. Oberreichsanwalt: Glaubten Sie, daß Kapp die Regierung stürzen wollte? Noßke: Püttwitz war ebenso wie die anderen Herren persönlich ein netter Mensch. Aber ich hatte den Eindruck, daß er und seine Freunde über das politische Verständnis 17-jähriger junger Menschen nicht hinausgekommen sind. Es Püttwitz nicht noch mehr gewollt hätte, wenn ihm sein Vorhaben gelungen wäre, lasse ich dahingestellt. Rechtsanwalt Grünwald: Weshalb wurde Minister Schiffer denn in Berlin zurückgelassen? Hatte er etwa den Auftrag, mit Kapp zu verhandeln? Noßke: Nein, wegen, er sollte nur dortum, daß die Regierung weiter in Recht bestände. Justizrat Görres: Sie haben Kapp und seine Freunde „Rebellen“ genannt. Verstehen Sie darunter Leute, die sich gegen die gescheiterte Freiheit auflehnen? Noßke: Jawohl, von Kapp: Min ich dem Reugen als „verdächtig“ bekannt gewesen oder genannt worden? Noßke: Nein.

Hierauf wurde Abgeordneter Dr. Stresemann vernommen, der über die Vorverhandlungen zwischen Hert, Hert und Püttwitz ausfragt. Seine Ansage deckt sich im wesentlichen mit der von Hert. Der Reuge erklärt dem: Oberst Bauer erklärte mir in den Tagen vom 6. bis 8. März, daß an einen Militäraufstand nicht zu denken sei. Am Vorabend des Zusammenbruchs hatte mich Kapp ab zur Reichsbank und fragte mich, ob die Deutsche Volkspartei sich an einer Regierungsbildung beteiligen würde. Ich lehnte dieses Ansuchen rundweg ab. Püttwitz machte mir den Vorschlag, den Zentralkomitee des Reichstages zur Regierungsbildung zu berufen. Das zeigt wohl am deutlichsten, daß er alles andere als ein Politiker war.

Nach einer kurzen Vernehmung des Admirals v. Trotha wurde dann die Sitzung auf Montag früh verlagert.

Anatole France über den Versailler „Frieden“.

Stockholm, 11. Dez. (WTM.) Die Verteilung der Nobelpreise für Chemie und Literatur erfolgte gestern in Anwesenheit des Königs in der Hochschule für Musik. Professor Perst empfing den Nobelpreis aus der Hand des Königs. Bei einem Festessen nach der Preisverteilung hielt der Nobelpreisträger für Literatur Anatole France eine Rede, in der er sagte:

Dem furchtbarsten Krieg von allen ist ein Friedensvertrag gefolgt, der kein Friedensvertrag, sondern eine Verlängerung des Krieges ist. Europa wird untergehen, wenn nicht die Vernunft in den Parlamenten Platz findet.

Ministerpräsident Branting erklärte in einer Schlussansprache: In der Teilung des Friedenspreises zwischen einem Schweden und einem Norweger — der Nobelfriedenspreis für 1921 wurde zur Hälfte dem Staatsminister Branting und zur anderen Hälfte dem Generalsekretär des Interparlamentarischen Verbandes Lange zuerkannt — erblicke er eine Würdigung dafür, daß die Völker des Nordens ihre ganze Kraft

gegen eine Wiederholung solcher furchtbaren Ereignisse wie der letzte Weltkrieg einsetzen werden.

Amerika und die Kredithilfe.

Newyork, 10. Dez. (WTM.) Junkspruch. Wie der Vertreter der Associated Press in Washington mitteilt, ist der Standpunkt Amerikas gegenüber den verschiedenen Plänen, wonach den Finanzen und der Industrie Deutschlands und anderer Länder Hilfe geleistet werden soll, um sie aus ihrer durch den Krieg geschaffenen Lage zu befreien, der, daß die Initiative mit einem annehmbaren Plan von den betroffenen Nationen selbst kommen sollte. Die Vereinigten Staaten würden dann gern über eine geeignete Methode der Hilfeleistung verhandeln.

Münchens USP. für Koalition.

Eine Mitgliederversammlung der USP. Münchens hat einen ganz anderen Verlauf genommen als die Versammlung der USP. Berlin, die sich für die Programmforderung: Diktatur des Proletariats aussprach. Der mit lebhaftem Beifall aufgenommene Grundgedanke der Münchener Versammlung war: Einigung der demokratischen Arbeiterschaft, Teilnahme an der Regierungsgewalt mit bürgerlichen republikanischen Parteien. Der Referent des Abends führte aus: Zentralkomitee und Reichstagsfraktion müßten die Möglichkeit erhalten, auch mit bürgerlichen Parteien, die dem Monarchismus ablehnend gegenüberstehen, eine Regierung zu bilden, in der die sozialistischen Parteien entscheidenden Einfluß haben. Er wies auf das Verhalten der österreichischen Genossen hin. Das Leipziger Programm sei eine Einlagsscheiße, nur zu erklären aus der Situation, in der es entstanden ist. Die Partei müsse aus dem Theoretisieren herauskommen. Der Parteitag müsse als seine wichtigste Aufgabe die Schaffung einer einheitlichen Internationale ansehen. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Das Münchener Organ der USP., die „Morgenpost“, trägt dieser neuen Parole der bayerischen USP. bereits Rechnung und schreibt:

„Der Parteitag muß ein Schritt vorwärts auf dem Wege sein, der deutschen Arbeiterschaft den Einfluß auf die kommenden politischen Entscheidungen zu verschaffen, welcher der Stärke ihrer Massenorganisationen und ihrer Bedeutung in der Produktion entspricht. Es muß Aufgabe des Parteitages sein, der Gesamtheit der Parteigenossen klarzumachen, daß wir unterscheiden zwischen Aktion und praktischer Politik. Es kommt, jedoch darauf an, nicht enge Parteipolitik, sondern Massenpolitik zu treiben. Die USP. wird ihrer wichtigen Mission nur gerecht werden, wenn sie den ersten Schritt tut zu dem Ziele, das alle deutschen Proletarier erehnen: die Einigung der deutschen Arbeiterklasse. Selbst wenn politische und sonstige Schwierigkeiten einer organisatorischen Einigung im Wege stehen, so vermögen wir nicht einzusehen, warum nicht in allen praktischen politischen Fragen ein Zusammenarbeiten der einzelnen Fraktionen Platz greifen soll.“

Friends Reparationsverhandlungen in London.

„Evening News“ meldet, Briand habe mitgeteilt, daß er Montag in acht Tagen nach London zu kommen hoffe, um mit Lord George über das Reparationsproblem und andere Fragen zu beraten. — „Evening Standard“ berichtet: Es sei bereits vor einiger Zeit im britischen Schatzamt ein großzügiger Plan für den finanziellen Wiederaufbau Europas und die Stabilisierung der Währungen ausgearbeitet worden.

Elf Personen wegen Spionage verhaftet. In den letzten Tagen sind insgesamt elf Spione festgenommen worden, 4 in Münster, 3 in Wochum, 4 in Essen. Das beschlagnahmte Material beweist, daß es in Deutschland gewissenlose Menschen gibt, die zum Nachteil ihres Vaterlandes erspionerte Berichte über große Geheimorganisationen der Entente gegen Entgelt erstatten und dadurch den Franzosen ihr Material über das angeblich kriegslustige Deutschland liefern.

Berliner Kordas unter der „roten Fahne“.

Um Rache zu nehmen, erschienen Sonnabend nachmittag gegen 5 Uhr unter Veranlagung einer roten Fahne etwa 200 junge Leute vor dem Trübelkeller der Frau Minna Vogel in Berlin, Alterstraße 48. 50 von ihnen drangen in den Keller ein und verlangten die Herausgabe des Angestellten, der vor einigen Tagen auf die Blünderer geschossen hatte. Gleichzeitig wurden von außen her zwei Schaufensterscheiben des Trübelkellers zertrümmert, ebenso die doppelte Eingangstür des Kellers. Zwei Schüsse, die von der Straße her in den Laden abgefeuert wurden, gingen glücklicherweise fehl. Als die herbeigerufene Schupo erschien, war die ganze Bande geflüchtet.

Verhaftung des kommunistischen Sejmabgeordneten Dombal.

Der kommunistische Sejmabgeordnete Dombal ist am 9. d. Mts. von der politischen Polizei in Warschau unter der Anklage staatsfeindlicher Umtriebe verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Dombal hatte sich in der letzten Zeit verborgen gehalten, da auf Antrag der Staatsanwaltschaft der Sejm vor kurzem ihm den Schutz der Immunität entzogen hatte.

Standrechtliche Erschießung eines Polen in Petersburg.

Auf Befehl der Außerordentlichen Kommission wurde in Petersburg der Direktor der polnischen Verlagsbuchhandlung Ferdinand Heidenreich standrechtlich erschossen, obgleich er sich über seine polnische Staatsangehörigkeit ausweisen konnte.

(Fortsetzung folgt!)

Verhältnisse. Vor allem müssen die Steuern schneller einge-
richtet werden. Weiter muß die Peranachung der
achwerte gefördert werden.

Das Ergebnis der Abstimmung über diese Referate war
sehr einstimmige Annahme einer künftigen Entschlie-
ung, in der zum Problem der Wiederherstellung der Wirt-
schaft internationale und nationale Forderungen aufgestellt
sind, die mir bereits veröffentlicht haben.

Am zweiten Tage sprach

Ein Wort über Kohle und Eisen.

aus einem historischen Überblick von der ebenso raschen
als gewaltigen Entwicklung der Eisenindustrie. Wie hoch
die kapitalistische Gesellschaft Eisen und Stahl als Lebens-
element hatte, beweist ihr Streben nach dem Besitz der Erz-
lager. Nach der Mannesmann hatten Deutschland 1911 fast
einen Arealen gekürzt wegen der Erzlager in Marokko;
in Marokko hatten die deutschen Schwerindustriellen
er, ohne das Erbe von Senegal nicht bestehen zu kön-
nen und dann haben die französischen Kapitalisten das loth-
ringische und das Saargebiet sofort in Besitz genommen.
Mit vollem Recht wird der Weltkrieg der Krieg um Stahl
und Eisen bezeichnet. Der Krieg hat nun wohl einer Kar-
tellschicht den Weg reicher Erzhäute gebracht, zugleich
aber die gesamte Eisenproduktion zerstört. Die hohe Zahl
der ausgetriebenen Arbeiter in allen Ländern beweist es.
Der Krieg der Eisenindustrie ist eine noch unvermeidlich höhere
Katastrophe, wenn sich nicht die Kohle dazu stellt. Dabei die
Verderbung der Sieger nach Vorkriegsdeutschland. Wäh-
renddessen haben sich die französischen und englischen Ver-
treter an die deutschen Kammern machen sie arbeitslos,
etwa 10 Millionen aus Deutschland kommen. Die Krise in
der Eisen- und Kohlenindustrie haben die Unternehmer
durch Abschaffung des Achtstundentages und Herabsetzung
der Löhne zu bekämpfen. Das gleiche Mittel, das der preuß. San-
itätsminister Schenk 1873 zur Überwindung der damals
in der Krise verfiel. Die gleiche Weisheit ist den Kapital-
isten aller Länder eigen. Sie vertriehen sich bei Kriegs-
zeiten herrliche Zeiten. Statt dessen bei Sieger wie bei Ver-
lorenen Verfallung der gesamten Wirtschaft. Der Weltkrieg
um Kohlen und Eisen hat den Schicksal an den Regierungen,
er hat auch die Goldwerte zur Veranlassung der Krisenlasten
und Verfallung unseres Staatsdefizits. Das sind Gründe
auf die

Vergesellschaftung von Kohlen und Eisen

zu dringen. In diesen beiden Zweigen sind die Vorbedin-
gungen für die Sozialisierung erfüllt. Es fehlt nur noch an
der richtigen Welle der Arbeiterklasse. Damit soll die Ge-
sellschaftlichkeit der Arbeiterklasse nicht überschätzt wer-
den. Von manchem sagt ich mir, als ich seine persönliche
Erfahrung machte, es ist schade, daß das Pulver schon er-
loschen ist. Immerhin müssen die Arbeiter von der
unbedingten Notwendigkeit der Sozialisierung von Kohlen
und Eisen viel fester und offener überzeugt sein. In
diesem in vollem Maße der Fall, wir hätten bald die ge-
schlossene proletarische Front, stark genug, Kohlen und Eisen
in den Besitz der Arbeiterklasse zu bringen.

Der Mensch und folgte Dr. Einfeldt Stuttgart mit
einem Referat über

Kapitalkonzentration und Sozialisierungsfragen.

Der Redner begann mit einer Darstellung der wirtschaft-
lichen und technischen Entwicklung der Konzerne. Er ging
dann über zur Steuerpolitik der Konzerne, deren Wahl-
recht seit 1908 dem Unternehmer, nicht dem Staat. An
dem Steuereinkommen gibt der Redner ein Bild vom Aufbau
und Zirkeln der mächtigen Mannesmann. Der Steu-
erforscher umfaßt die Produktion vom Abbaufeld bis zum
Verkaufsbüro, von der Hochofen- bis zum Verkaufsbüro,
von der Hochofen- bis zum Verkaufsbüro, von der Hochofen-
bis zum Verkaufsbüro. In jedem dieser Zweige amitt Profit, der,
dann weiter zu der Spitze hin weiterkriecht.
Der Profit wird in der Höhe im Ausland gesteckt, um den
Zielerfolg zu hindern. Das ist ein Sinn, der über
versteckte Eitelkeit dominiert. Es erhebt sich auf Kohle,
Eisen, Petroleum, Wasser, Elektrizität, Gaslampen, Ma-
schinen, Fräsen usw. Es mag sein, daß der weltweite
und ungeschätzte Mannesmann ein wirtschaftlicher Plan
umzusetzen liegt. Vom Steuereinkommen kommt der Redner
auf den Elektrizitätskonzern der A. G. E., deren Haupt-
sitz in Berlin liegt. Der Einfluß des Großkapitals
ist nicht mehr, damit muß der Einfluß der Arbeiterklasse wach-
sen. Der Redner ist der beste, der am besten die Ver-
hältnisse der Arbeiterklasse mit der Weltwirtschaft kennt. Mit
der Vermehrung der Konzentration steigt der Einfluß der Be-
arbeiter, der notwendig ist zur Lösung ihrer Aufgaben.

In die beiden Referate schloß sich eine längere Diskus-
sion an, in der die Forderung des § 30 des Betriebs-
gesetzes gefordert wird. Gleichfalls einstimmig und un-
ter Beifall wurde die Resolution angenommen, die sich gegen
die Forderung von Arbeitsmitteln und gegen die Verhinderung
der Sozialisierung durch die Entente ausdrückt.

Den letzten Verhandlungstag schloß Referat von Dr.
mann Dittmann und Ernst Graf Stuttgart über

Einigen und Aufbau der Betriebsräte

aus. Dittmann erklärte, daß Betriebsrätegesetz genügt nicht.
Es müßten sich in ihm überall Anknüpfungen, die es innerlich
machen. Er fordert eine Erweiterung der Rechte der Be-
triebsräte. Die Betriebsräte müßten besser gewarnt wer-
den, daß sie mit anderen Beschlüssen zu lassen, die ihnen nicht zu-
kommen. Manche Betriebsräte seien Ein- und Verkäufer,
so daß sie zu nicht mehr ihre eigentliche Pflicht erfüllen
können. Es müßten die Betriebsräte sein so groß, daß
es bei der Wahl eine große Rolle spielen. Sie müßten sich mit aller
Kraft ihrer Sammelkraft und ihren mitteilenden bei der Um-
wandlung der kapitalistischen Wirtschaft in die so-
zialistische. Dittmann gab bekannt, daß das Unternehmertum
eine von der Betriebsräte gegründet habe, zum
Zweck gegen die Betriebsräte.

Ernst Graf sprach die Bildungsansprüche
der Betriebsräte. Wirtschaftslehre, Betriebslehre,
Betriebslehre, Sozialwissenschaft, müßten das Gehirn der
Arbeiterbildung sein. Der Metallarbeiterverband habe vor-
bildliche Bildungsarbeit geleistet, um die Betriebsräte für
ihre hohen Aufgaben zu schulen. Graf schloß noch die
Schaffung einer Bildungsstätte innerhalb der Gewerk-
schaften vor.

An der Tagesordnung wurden beachtenswerte Darlegungen
gemacht. Besonders hervorzuheben zu werden verdienen
die Ausführungen von Dr. Stein-Wien. Der sagte, daß das
deutsche Betriebsrätegesetz das Merkmal des Brüderkampfes
trage. Wäre die deutsche Arbeiterklasse eine gewisse, dann
wäre es ein revolutionärer Ausgang. (Stürm-
che Zustimmung.)

In einer einstimmig angenommenen Resolution forderte
der Kongress eine

Erweiterung der Rechte der Betriebsräte

auf folgender Grundlage: 1. Gewährung des Rechts auf
Einblick in sämtliche Rechnungsbücher, Korresponden-
zen, Ein- und Verkaufsverträge und sonstige Dokumente des
Unternehmens. 2. Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses ge-
genüber dem Betriebsrat. 3. Gewährung des Kontrollrechts
über die Kassafunktionen unter Vereinfachung aller hierfür
notigen Unterlagen und Auskünfte. 4. Gewährung des
Rechts der Auslegung und Verfrachtung von Beamten und
deren Pflicht zur Auslegung. 5. Das Kontrollrecht über die
Ein- und ausländischen Tarifverträge. 6. Das Kontroll-
recht über die Steuerklärungen und Leistungen der Unter-
nehmungen. 7. Das Einvernehmlichkeitsrecht gegen die unzureichende
Betriebsleistung. 8. Das Recht zur Freistellung und des Erfab-
rungsanforderungen der Produktionsmethoden im Industrie-
zweig zwecks allmählicher allgemeiner Einführung der ratio-
nellen und modernen Einrichtungen.

Als Voraussetzung zur praktischen Ausdehnung dieser
einzuwendenden Rechte fordert der Kongress die Umwand-
lung des in § 30 vorgesehenen Beratungsrechts in ein
Mitbestimmungsrecht.

In der Entschließung wird weiter ausgesprochen, daß der
Kongress sich bewußt ist, daß die Erfüllung dieser Forderun-
gen nicht lediglich durch den parlamentarischen Kampf oder
den der Betriebsräte allein, sondern nur im engsten Zu-
sammenwirken mit den gewerkschaftlichen Organisationen
und im harten, unerbittlichen, planmäßigen Kampf der ge-
samten Hand- und Arbeiterklasse durchgeführt werden kann.

Damit war die Tagesordnung des Kongresses beendet.

Aus den Berichtsfällen.

Einbruchdiebstahl im Kreise Großer Werder. In den
Jahren 1920 und 1921 fanden in den Dörfern des Kreises
Großer Werder fortgesetzt Einbruchdiebstahl und sogar Ver-
brennungen statt. Vor der Strafkammer standen nun drei
Personen unter der Anklage, acht dieser Einbruchdiebstahl
ausgeführt zu haben. Sie wohnen in dem Hause des Gut-
besitzers und Gemeindevorstehers Weisk in Reuthehshinter-
feld. Der erste Angeklagte ist sein Sohn, der Landwirt Otto
Weisk, die beiden andern seine Arbeiter Wilhelm Pfeiler und
Albert Schröder. Sie sollen die Diebstahl gemeinsam aus-
geführt haben, mindestens soll der Gutbesitzer mit den
andern beiden im Einvernehmen gewesen und Sachen aus
den Diebstählen erhalten haben. Alle drei Angeklagten waren
in Untersuchungshaft, Weisk wurde gegen eine Sicherheits-
leistung von 20000 Mark auf freiem Fuß belassen. Die An-
geklagten hatten Fahrräder, mit denen sie abends loszogen.
Vermutlich haben sie mit ihnen Reuthehshinterfeld. Es ver-
breitete sich das Gerücht, daß die Angeklagten die Diebstahl
ausführen und es wurde deshalb bei ihnen Hausdurchsuchung
abgehalten, bei denen viel verdächtige Sachen gefunden wurde.
Bei Weisk fand man Fahrräder, die aufscheinend von den
geklagten Fahrrädern herrührten. Weisk bestritt es aber.
Die Spur eines geklachten Fahrrades führte nach dem Ge-
höft des Angeklagten. Die übrigen Sachen wurden in der
Haushaltsache bei Pfeiler vorgefunden. Auf Weisk war auch sehr
belastend, daß man bei ihm Schusswaffen, Munition und Ge-
sichtsmasken vorfand. Bei einem Raubüberfall, der noch zur
Verhandlung kommen soll, wurde eine Frau angegriffen
von Weisk mit Gesichtsmasken. Es wurden viel Kupfergeld
und Aluminiumgegenstände geklachtet, die man bei den Arbeitern
vorfand. Die geklachten Sachen wurden von den Anklägern
erkannt und sie wurden ihnen sofort ausgehändigt. Einer
nahm zwei Räder mit und eine Frau ein Fahrrad. Der
Staatsanwalt beantragte für alle drei Angeklagten Verur-
teilung. Das Gericht verurteilte jedoch nur Pfeiler zu 6 Jah-
ren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust wegen Diebstahls
in 8 Fällen. Bei Weisk seien zwei Fälle in Frage gekommen,
aber die Beweise reichten zur Verurteilung doch nicht aus.
Schließlich lag es bei Schröder. Weisk und Schröder mußten
mithin freigesprochen werden. Die Haftbefehle gegen sie wur-
den aufgehoben.

Aus dem Osten.

Ueber Beschlagnahme von Waren durch die Polen
bei der Fahrt durch den Herrscher (Zaragoza) vorfand
wurden verschiedentlich im Laufe des Sommers aus
ostpreussischen Handelskreisen Klagen laut. In einem
Falle wurde von der Reichsfinanzkommission in
Konstanz eine Zensur von neun Ruten getragenes
Schuhwerk beschlagnahmt, die vom Vandalen des Kreises
Braunsberg zur Weitergabe an die minderbemittelte
Bevölkerung bestimmt waren. Die Kreisbehörde hatte
hierfür bereits den Betrag von 27 121 Mark an die
Hilfsdienstverminderungsfälle Charlottenburg gezahlt und
stellte begreiflicherweise nach der Beschlagnahme An-
träge bei den zuständigen Stellen auf Wiedererstattung
dieses Betrages seitens der polnischen Regierung.
Bisher haben die Verhandlungen noch zu keiner Re-
gelung geführt.

Ein freventliches Spiel mit der Gesundheit ihrer
Mitmenschen führte am Mittwoch die Metzgermeister
Paul Tenke aus Heiligenwolke und Anton Pavian
aus Königsberg vor die Königsberger Strafkammer.
Tenke hatte am 21. April d. Js. in seinem Betriebe
eine tuberkulöse Kuh geschlachtet. Der dort beamtete
Tierarzt unterrichtete das Fleisch, fand es nur bedingt
zum menschlichen Genuß tauglich, d. h. die Abgabe des
Fleisches zum menschlichen Genuß darf nur erfolgen,
wenn das Fleisch entweder auf dem Schlachthof oder
zu Hause unter Aufsicht der Polizei abgeköpft wird.
Am rohen Rohstande ist wegen der Gefahr der Gesund-
heitschädigung solches Fleisch nicht zu genießen. —
Ohne im Besitz der erforderlichen Genehmigung zu
sein, führte Tenke einen Teil dieses Fleisches in
Königsberg ein. Ein Rinderviertel gab er zum Preise
von 2,50 Mark für das Pfund an seinen Mitange-
klagten Pavian ab, weitere 50 Pfund fanden andere
Käufer. Pavian wollte das Fleisch zu Wurst verar-
beiten, glücklicherweise kam es aber dazu nicht, da die
Polizei bald von diesem Geschäft Kenntnis erhielt und
das Fleisch beschlagnahmte. An der Urteilsverurteilung
wurde vom Vorsitzenden das Verhalten der Ange-

klagten scharf gerügt. Die Angeklagten haben in
diesem Falle mit der Gesundheit ihrer Mitmenschen
gespielt. Der Genuß solchen Fleisches ist, wenn nicht
vorübergehend, verurteilt, gefährlich. Es sei
Pflicht der Gerichte, solchen gewissenlosen Treiben
energisch entgegenzutreten. Die Angeklagten wurden
wegen Verachens gegen § 12 des Nahrungsmittel-
gesetzes, Tenke zu sechs, Pavian zu drei Monaten Ge-
fängnis verurteilt.

Mitteilungsbeleid. Auf dem Schiedsmittler Hofhofe
wurde eine Frau Anna Kolesch mit zwei Kindern, von
denen das eine ein 11 Wochen alt ist, von Polizeibeamten
angegriffen. Die Bedauernswerte, die bereits 1916 in
Schiedsmittler, seitdem aber in Mielitz wohnt, ist von der
Schiedsmittler Behörde angewiesen worden mit der Begrün-
dung, daß sie vor 1914 noch nicht dort gewohnt hätte. In
aller Hast mußte sie ihre Möbel zu einem billigen Preise
abstoßen und mit dem geringen Geld vom Möbelverkauf
hat sie die Fahrt bis Schiedsmittler bestreut, wo sie seit
dem 26. November in dem dortigen Gasthof kammerierte und
ihre zuletzt die Mittel ausgaben. Die Bedauernswerte be-
trug keine weiteren Angehörigen, ihr Mann ist im Welt-
krieg gefallen. Sie wurde vorläufig im städtischen Armen-
haus untergebracht.

Aus aller Welt.

Die Rache einer Verlassenen. Ein an die aufsehen-
erregenden Urteile französischer Schwurgerichte in
Liebesstragödien erinnerndes Urteil wurde in einem
Prozeß gegen die Witwe Marie Vito Sommerfeld in
Berlin gefällt. Diese war verheiratet, ihren Liebhaber,
den 52-jährigen Kaufmann Fritz Möller, mit dem sie
18 Jahre lang ein Liebesverhältnis gehabt hatte, auf
offener Straße erschossen zu haben, weil er sie hatte
„sorgen lassen“. Auf Grund der von den Rechtsanwäl-
ten gestellten Beweisansätze, die dahin gingen, daß
die S. die Tat in einem Zustande augenblick-
licher Geistesverwirrung begangen hatte,
verneinten die Geschworenen die auf Mord lautenden
Schuldfragen. Als das auf Freisprechung lau-
tende Urteil verkündet wurde, erlöste, wie in einem
Theater, aus dem Zuschauerraum lautes Wachen und
Händeklatschen, was von dem Vorstehenden ernst-
lich gerügt wurde.

Liebe und Dsch. Ein auf offener Straße verübtes
Delikt eines verheirateten Liebhabers lag einer
Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung zu-
grunde, die einen Kammerrat in Berlin vor Gericht
führte. Der Angeklagte hatte eine Stenotypistin
kennen gelernt. Bei ihm, als einem von allen Seiten
als sehr ideal veranlagten Menschen, wurde die erwa-
chende Liebe zu ihr sehr bald zu einer unersättlichen
großen Leidenschaft, aus der es für ihn kein Zurück
mehr gab. Viele Gefühle schienen jedoch von dem
Mädchen nicht geteilt zu werden, der es mehr auf eine
ebenbürtige Liebe und den damit verbundenen
Vergnügungen ankam. Am 10. Oktober traf der Eiser-
schiff das Mädchen auf der Straße, nachdem er
mehrere Tage vergeblich auf es gewartet hatte. Als
es nur schüchtern Antworten für ihn hatte, packte ihn
die Wut. In einem Zustande fast jenseitiger Majerei
stürzte er auf die Geliebte zu und stieß ihr ein
langes Dschmesser in den Rücken. Während das
Mädchen mit gellendem Aufschrei zusammenbrach,
brachte sich der Täter selbst mehrere gefährliche Stiche
bei, um dann ebenfalls bewußtlos zusammenzu-
brechen. Das Gericht erkannte trotz der Schwere der
an Mordversuch grenzenden Tat nur auf 6 Monate
Gefängnis unter Anrechnung von 6 Wochen der Unter-
suchungshaft. Dagegen wurde der Haftentlassungs-
antrag mit der Begründung abgelehnt, daß der An-
geklagte offenbar von seiner „Liebesrauserei“ noch nicht
geheilt sei.

Minde Pakare. Als der Dampfer „Ganja“,
früher „Deutschland“ bzw. „Viktoria Louise“, den Hafen von
Hamburg, um seine erste Heimfahrt anzutreten, verlassen
hatte, kamen aus einem Nebenumgeben hundert Geister
hervorgeföhren und meldeten sich bei dem ersten Offizier als
„Minde Pakare“. Es waren ein Züchter aus Magdeburg,
ein Schmied aus Niederwalde, ein Schlosser aus Chem-
nitz, ein Brauer aus Rürup, ein Schlachter aus Heppenheim,
ein Packer aus Tanga und ein Kleinrentner aus Nau-
dorf bei Zeitz. Ihre Lebensgeschichte in Amerika, die sie zu
Promosell geben mußten, ist in allen Punkten fast gleich. In
verschiedenen Zeitabständen von 1911 an bis Herbst 1914
sandten sie im Laufe des Dollars, Reichsmark und Geld er-
wartend. Es ging allen, die sich nie gesehen hatten, gleich
schlecht. Niedrigste Arbeit, fälschlicher Lohn, Hunger und Not
war ihr Schicksal. Als der Krieg ausbrach, begann ein
Kriegsentsatz, das alle ruhelos von Ort zu Ort jagte. Nach
Kriegsentsatz mit Amerika war die Möglichkeit, wieder in
die Heimat zu gelangen, gegeben. Auf den verschiedensten
Strichen pilgerten die sieben nach New York und schließlich
zu Nord der „Ganja“. Der Kapitän hatte ein echtes deutsches
Seemannsberg und stellte alle als Heberarbeiter ein. Der
„Minde“ von ihnen besaß einen Dollar, der „Mermie“ ganze
7 Mark. Als die „Ganja“ am 27. November im Hamburger
Hafen ankam und die behördlichen Vorschriften erledigt
werden mußten, kam auch die Geschichte der sieben zur
Sprache. Obwohl der Kapitän wie die Staatsanwalt die Verur-
teilung gestrichelt haben, hat der Staatsanwalt die Verur-
teilung verurteilt. Korrek! und dem Geschiedbuch-
haben gemäß mag das sein; das menschliche Gefühl aber pro-
testiert dagegen.

Wassernot in Bochum. Die Wassernot, unter der Bochum
seit geraumer Zeit zu leiden hat, hat Mittwoch ihren Höhe-
punkt erreicht. Ganz Bochum war gänzlich ohne Wasser.
Das ganze Wirtschaftsleben, vor allem aber alle Haushaltun-
gen, darunter namentlich die Krankenhäuser, leiden unter
dem Wassermangel außerordentlich schwer, verschiedene
industrielle Werke waren schon gezwungen, ihren Betrieb
einzustellen. In den Haushaltungen kann kein Essen mehr
gekocht werden. Der Grund des gänzlichen Wassermangels
ist in einem Rohrbruch im Parkenbereich des städtischen
Wasserversorgungs zu suchen.

Danziger Nachrichten.

Der Danziger Schlepper „Mottlau“ überfällig. Der Leichter „Julma“ gesunken.

Vor einigen Tagen verließ der Schlepper „Mottlau“ mit den Seelichtern „Lima“ und „Julma“ den Danziger Hafen mit Reval als Ziel. Auf der Höhe von Libau gerieten die Fahrzeuge in einen schweren Sturm. Der Leichter „Julma“ sank, und mit ihm verloren gingen die Führer und ein Matrose. Die „Mottlau“ erreichte mit dem einen Seelichter glücklich Bernau, fuhr dann nach Libau und ging dann wieder nach Danzig in See. Auf der Rückreise geriet der Schlepper abermals in einen schweren Sturm. Der Seelichter „Lima“ wurde losgerissen und trieb zwei Tage und zwei Nächte auf See, bis er in die Nähe von Rügen kam und in den Memeler Hafen gerettet wurde. Der Schlepper „Mottlau“ ist seitdem verschollen.

Verhandlungen in der Zollfrage.

Heute vormittag sind zwei bevollmächtigte Vertreter des polnischen Finanzministeriums in Danzig eingetroffen, um mit dem Senat Verhandlungen über die besondere Behandlung Danzigs in der Zollfrage zu beginnen.

Danzigs Vertretung bei der polnischen Eisenbahnverwaltung.

Nach der Entscheidung des Oberkommissars des Völkerbundes vom 15. August 1921 hat die Regierung der Freien Stadt Danzig das Recht, einen Delegierten bei der polnischen Eisenbahnverwaltung zu ernennen, um diese Verwaltung über die Wünsche der Freien Stadt unterrichtet zu halten, besonders was den örtlichen Personenverkehr und die seitens der Einwohner der Fr. Stadt versandten oder zu empfangenden Güter anbetrifft. Zum Delegierten der Freien Stadt Danzig ist der Geheimrevisor der Regierungsrat Seering, zu seinem Stellvertreter der Regierungsrat Blüthner bestellt. Die Diensträume des Danziger Delegierten befinden sich im Eisenbahndirektionsgebäude, Zimmer 218.

Der Volltagssitzung am Mittwoch, den 14. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, liegt folgende Tagesordnung vor: 1. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs betr. Abänderung der Post-, Postfach-, Telegraphen- und Fernsprechtschriften. 2. Zweite Beratung eines Gesetzentwurfs betr. Abänderung der Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen. Bericht des Steueramts. 3. Dritte Beratung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung des Stempelsteuergesetzes. 4. Dritte Beratung eines Gesetzentwurfs betr. Kraftfahrzeugsteuer. 5. Antrag des Abg. Kern und Gen. betr. Einführung einer Devisensteuer. 6. Bericht des Rechnungsamts über den Antrag betr. Einführung des deutschen Einkommensteuergesetzes für die Freie Stadt.

Der Verkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 12. bis 18. Dezember d. Js. unverändert wie in der Woche zum Preise von 720 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 360 Mark für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Die „Freie Volksbühne“.

führte Sonnabend als zweites Stück Wildgans' erschütternde Familientragödie „Armut“ auf. Der Vorstellung ging wieder ein eindrucksvoller Vortrag des Schriftstellers Wilhelm Mankowski, des Kampferenten unseres Volkes, voraus, der das Wesen der Wildgansschen Dichtung aus ihren literarischen Wurzeln deutete und nach kurzer Würdigung der Verdienste des Dichters, sich mit seiner Dramatik befaßte.

Die Aufführung, zu der, wie zu allen bisher, Direktor Schaper persönlich erschienen war, nahm in gleicher Beschaffenheit wie letzterzeit im Stadttheater einen schönen Verlauf, und was hinsichtlich des Bühnentechnischen noch fehlte, ergänzten die Darsteller durch Hingabe des ganzen Könnens an ihre Aufgaben. Da wir über das Werk bereits eingehend berichtet haben, können wir uns mit der Feststellung begnügen, daß die Wirkung des Stückes, das das Leid des kleinen Mannes bringt, und wie kaum ein zweites Dinge verhandelt, die brennend im Vordergrund des sozialen Lebens stehen, auf das vollbelebte Haus einen sehr starken und nachhaltigen Eindruck machte.

Danziger Orchesterverein. — 1. Kammermusikabend.

Der Danziger Orchesterverein gab am Sonnabend seinen ersten Kammermusikabend. Für das Musikleben Danzigs, das sich in erfreulicher Weise aufwärts zu entwickeln scheint, hat dieser Verein sehr viel bedeutet. Unter der Leitung von Henry Prinz, des meisterlichen Dirigenten der Philharmonischen Konzerte, ist das Gelingen des Vereins gesichert. Die erste Kraftprobe, der Kammermusikabend, legte bereits Zeugnis ab von dem Können der Solisten. Die erste Geige spielte Henry Prinz, der ja, bevor er seinen Namen als Dirigent schuf, sich schon als Geiger, besonderer Beachtung erfreute. Und sein Können bewies er auch am Sonnabend. Als zweiter Geiger stand ihm sein Schüler, Walter von Oelen, zur Seite. Als Vierton spielte keine Gattin, Frau Lotte Prinz, eine uns ja auch rühmlichst bekannte Künstlerin. Marianne Wölfe Otto Vohn mit solidem Können. Ganz besonderen Wert gewann aber der Abend durch die Mitwirkung des Dresdener Cellisten, Prof. Georg Wille. In seinem Reichen stand der Abend.

Außer wurde das Klarinettenquintett von Wagners gewieft. Schon der Allegro folgte ein fein abgestimmtes Zusammenspiel. Das von innerer Kraft getragene, von feinstem Gefühl geprägte Musik war ein beglückendes Erlebnis. Im Presto glänzte Professor Wille. Fernab aller Bescheidenheit, zu der der Tag verführen kann, führte das Ensemble die Aufgabe sicher durch. Das Publikum dankte begeistert.

Freie Volksbühne Danzig. Bei der am Sonnabend stattgefundenen Veranstaltung sind erschienen: 1. Eichenhof, 1. Paar Damenhandschuhe, 1. einzelner Damenhandschuh. Vorliegende Gegenstände sind im Bureau Gesellschaftsplatz 1/2, Zimmer 42, nachmittags von 4—6 Uhr, abzugeben.

Die Reklamafrauen aller staatlichen Dienststellen erhalten mit Wirkung vom 15. November 1921 an einheitlich einen Stundenlohn von 2,80 Mark, eine Feuerungszulage von 0,70 Mk. und eine Prodigelzulage von 0,41 Mk. für die Stunde.

Ein recht freudvoller Chauffeur. Die Rundschau hat sich während des Arztes an manchen gemöhnt. Ueber dies gewöhnliche geht es aber doch hinaus, wie der Chauffeur Heinrich W. in Danzig seine Fahrfunktion behandelt. Ein Volkstagsabgeordneter, der in Danzig wohnt, war abends spät in Danzig und wollte nach Hause fahren. Da die Straßenbahn nicht mehr fuhr, war er genötigt, ein Auto annehmen. Er trat an ein Auto heran, doch der Chauffeur schaltete. Darauf ging der Abgeordnete zu dem Angeklagten W. und forderte ihn auf, nach Rangsfuhr zu fahren. Er erklärte: Nach Rangsfuhr fahre ich nicht. Da der Abgeordnete sich mit dieser einkassierten Ablehnung nicht zufrieden geben wollte, ergriff der Angeklagte den Kopf des Abgeordneten und gab ihm mehrere Stockschläge über den Kopf, so daß der Hut zerfiel und der Kopf verletzt wurde. Der Angeklagte erhielt einen Strafbefehl über 1 Monat Gefängnis. Er legte Einspruch ein. Das Gericht fand das Verhalten des Angeklagten gegenüber einem ruhigen Bürger doch so empörend, daß die Strafe wegen gefährlicher Körperverletzung auf drei Monate Gefängnis erhöht wurde.

Warum die Gerichte überlastet sind. Die Kontoristin Elisabeth J. war bei einer Danziger Firma in Stellung und nach 4 Wochen, am 29. April, bat sie um ihre sofortige Entlassung, da ihre Mutter erkrankt sei. Die Kontoristin erhielt ihre Entlassung und meldete sich sogleich bei einer anderen Firma, wo sie auch am 1. Mai den Dienst antrat. Nach vier Tagen erklärte sie hier, sei sie krank und müsse 1½ Jahr aufs Land, sie bitte, sofort entlassen zu werden. Sie erhielt für drei Tage 70 Mark ausbezahlt und wurde entlassen. Sie telephonierte am 6. Mai den früheren Prinzipal an und fragte, ob sie den Dienst wieder antreten könne. Sie erhielt eine Zusage und nach zwei Stunden trat sie den Dienst wieder an. Sie erhielt dann das Gehalt für den ganzen Monat und hierin soll der Betrag liegen! Sie habe dem Prinzipal verschwiegen, daß sie inzwischen eine andere Stellung innegehabt hätte. Der Kaufmann sagte jedoch als Zeuge aus, daß er ihr das volle Gehalt auch dann ausbezahlt haben würde, wenn er die Wahrheit gekannt hätte. Der zweite Vortrag wurde darin gefunden, daß sie der anderen Firma vorlag, sie müsse aufs Land. Dadurch mußte die Firma für eine neue Person Geld ausgeben. Das Gericht erkannte in beiden Fällen auf Freisprechung.

Ein nachlässiger Kassenverwalter. Der Arbeiter A. E. in Danzig stand vor dem Schöffengericht unter der Anklage der Unterschlagung von 2800 Mark als Kassenführer. Der Arbeiterauschuss des Wandermärkten auf dem Tross wählte den Angeklagten als Kassenführer. Bei der Uebernahme der Kasse erhielt der Angeklagte neben anderen Verbindungen einen versiegelt Briefumschlag mit 2800 Mark Inhalt. Nach einiger Zeit meldete er, die 2800 Mark seien verbraucht. Das Gericht gewann die Ueberzeugung, daß der Angeklagte das Geld für sich verbraucht hatte, als er krank war und die Werbung nur machte, um seine Tat zu verdecken. Das Urteil lautete auf 1 Monat Gefängnis wegen Unterschlagung.

Schlängel auf dem Tanzboden. Der Liebhaber eines Mädchens sah auf dem Tanzboden, wie der Arbeiter T. E. aus Danzig mit dem betreffenden Mädchen tanzte. Der Liebhaber wollte sich nun mit antrinken und nahm Alkohol an sich. Dann forderte er den E. zu einer Ansprache im

Als zweites Stück des Ensembles folgte das Klarinettenquintett von Mozart. Ein ruhiges und edles Allegro leitete das Stück ein. Beim Larghetto von ferdinando, wohl dem schönsten Teil, verdient die erste Geige und die Klarinette besondere Erwähnung. Am folgenden Menuetto offenbarte sich wieder dem Paragraphe die Schönheit Mozartischer Musik. Im grob und rein fließenden Larghetto wie im zierlichen Menuetto schwebt man im Klang fatter Töne.

Zwischen beiden Klarinettenquintetten spielte Professor Georg Wille die Suite für Cellos von J. S. Bach und entwickelte wieder alle die reichen Vorgänge, die schon gelegentlich von Prof. Wille's erstem Auftreten im Konzert der „Philharmonischen Gesellschaft“ rühmend hervorgehoben wurden: stark durchgeleiteter Vortrag und eine große, niemals das innere Wesen der Tondichtung verdeckende Technik. Es würde zu weit führen, alle Vorgänge einzeln hervorzuheben. Die Stärke des Künstlers liegt wohl im Vorhinein. — Das Publikum erwarb enthusiastisch eine Zugabe.

Der kleine und der rote Saal des Schützenhauses waren gut besetzt, ein erfreuliches Zeichen für das Musikverständnis des Danziger Publikums. Nur störte während des Cellosolos das Klappern mit Papier. Musik ist Gebet, sagt Wörne, daher: „Willst geistlich du Musik, sammle dich wie zum Gebet.“

Dem Saalordner empfehle, rechtzeitig für Freimachen der Räume zu sorgen, damit sich in Zukunft nicht wieder eine derartige peinliche Unterhaltung zwischen Publikum und Saalordner entspinnt, wenn die Künstler längst zum Vortrag Platz genommen haben.

Elektrische Anziehung ohne Magnetismus und Eisen. In einem von der Dr. Erich F. Ruth-Gesellschaft für Funkentelegraphie gestern in Berlin veranstalteten Vortrage über dieses Thema wurde die Öffentlichkeit zum erstenmal mit einer bedeutenden Neuentdeckung bekannt gemacht. Der Vortrag erklärte eine neu entdeckte Form der elektrischen Anziehungskraft, die nicht nur Eisen anzieht, sondern auch zwischen Stein und jeder Art von Metall, ja sogar zwischen zwei Steinen wirksam wird. Ihre praktische Anwendung findet die neue Anziehungskraft insbesondere auf dem Gebiete der Telephonie und Telegraphie mit und ohne Draht. So gestattet sie, z. B. in einem elektrischen Fernschreiber angewandt, bis zu 2000 Buchstaben in der Minute mit völliger Klarheit wiederzugeben und ermöglicht in der Drahttelegraphie eine hohe Materialersparnis an Kupfer.

Freien auf. Die Ausprache sollte stattfinden und nach dem üblichen Verlauf. Der Liebhaber machte einen verdächtigen Griff nach der Tasche und nun kam ihm E. zuvor, ergriff einen Dolchmesser und gab dem Liebhaber einen kräftigen, abführenden Schlag. E. hatte sich vor dem Schöffengericht wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Das Gericht konnte eine Notwehr nicht als vorliegend erachten und erkannte auf 300 Mark Geldstrafe.

Polizeibericht vom 11. und 12. Dezember. Verhaftungen: 42 Personen, darunter 8 wegen Diebstahls, 1 wegen Diebstahls, 1 wegen Stillschleppens, 1 wegen Unfahrschuldung und Unterschlagung, 2 wegen Konterbande, 8 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, 1 wegen Weiteins, 2 zur Festnahme ausgegeben, 17 in Polizeifahrzeugen. — Verurteilungen: 1 schw. Verurteilung mit etwas Geld und 2 Geldstrafen; 11. Woche mit der Anklage und den Zahlen 1914/15; 11. Verurteilung mit braunem Rosenkranz, abgehoben aus dem Fundbureau des Volkspaladiums; 2 fl. Silberbesteckstücke, abgehoben von Herrn Albert Döbler, Rittergasse 18; 1 fl. lang. rotbr. Hund, abgehoben von Herrn Bruno Neumann, Kollwagasse 12/13, parterre, 1 gelber Affenpinscher, abgehoben von Herrn Samuilskrat Dr. Wolff, Poogenstraße 60; 1 schw. Hund, abgehoben von Herrn Piepel, Alth. Graben 72, 1 Tr.; 1 gold. Damenreiser, abgehoben von H. Voile, Alth. Graben 72, 1 Tr.; 1 gold. 8. part. — Verloren: 1 br. Aktentasche mit Mustern und Druckzeichen; 1 br. Brieftasche mit 5—800 Mark; 1 Bäckchen, enth. 2 Damenhemden mit Sticker und 2 Taschentücher; 1 gold. Halskette mit versteinertem Heranhang, abgehoben im Fundbureau des Volkspaladiums.

Freistadt. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung sprach Herr Dr. Müller-Üblich über das Thema: „Die polnische Gefahr“. Diese wird von vielen Großgrundbesitzern dadurch gefördert, daß sie bis in den späten Winter hinein die polnischen Saisonarbeiter beschäftigen, die doch den deutschen Arbeitern, indem sie billiger arbeiten können, Beschäftigung und Verdienst wegnehmen. Darum, Teutlicher Heimatbund, wirke auf Abstellung dieser traurigen Zustände hin. Der Rosenberger Kreis hat sich mit derselben Angelegenheit schon mehrmals beschäftigt.

Filmkchau.

Central-Theater. Der Tragödie-Film „Die Belche einer Gefallen“ rückt die Gefahren, denen junge Mädchen ausgesetzt sind, so recht in den Vordergrund und entwirft Bilder von lebenswahrer Klarheit. Gleichzeitig richtet er an die Eltern die Mahnung, fruchtlosen Töchtern nicht den lezten Halt, das Elternhaus, zu nehmen. Auch der neue Film „Deines Vaters Welt“ zeigt Bilder von Schönheit und Kraft.

Veranstaltungs-Anzeiger

Disziplinabend.

Heute Montag, den 12. Dezember, abends 6 Uhr, im Parteibureau, 4. Raum 7, 8 Tr., gemeinsamer Disziplinabend. Genossen und Genossinnen sind willkommen.

Arbeiter-Jugend Danzig.

Dienstag, den 13. Dezember, Mädchenabend. Mittwoch, den 14. Dezember, Pefe- und Brettspielabend.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Dienstag, den 13. Dezember 1921, abends 8½ Uhr, im Bureau des D.M.V.: Jugendausbildung.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

8. Bezirk. Mittwoch, den 14. Dezember, abends 7 Uhr, im Restaurant „Altes Tönnchen“, Seumarkt 10, Bezirksversammlung. Tagesordnung 1. Bericht vom Parteitag; 2. Wahl der Delegierten zum Parteitag; 3. Bildervortrag „Eine Donauinsel“. Zahlreicher Besuch dieser Versammlung wird erwartet. Gäste können eingeführt werden. Genossen, vergeßt eure Frauen nicht.

Stadtsamt vom 12. Dezember 1921.

Todesfälle. Rentempfängerin Louise Rudolph, 80 J. 9 Mon. — Frau Rosalie Garmisch geb. Wolff, 62 J. — T. d. Fabrikarbeiters Karl Kampf, 11 J. 8 Mon. — Frau Ida Munge geb. Wühl, 41 J. 5 Mon. — Oberkranenwärter August Glemont, 47 J. 8 Mon. — T. d. Kaufmanns Emil Taube, 8 Mon. — Arbeiter Paul Wühl, 52 J. 4 Mon. — Frau Hedwig Schubert geb. Traupisch, 34 J. — Tischler Otto Hausdorf, 73 J. 9 Mon.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Ausgl. —)	5,70	am Vortage	5,90
Dollar:	183		185
Engl. Pfund:	720—730		770
Frank. Franks:	13,50		14,30
Gulden:	—		—

Kurse sehr schwankend.

Wasserstandsberichte am 12. Dezember 1921.

	10. 12.	11. 12.		10. 12.	11. 12.
Gomisch	+1,00	+0,00	Montaurer Spitze	—0,76	—0,54
Wahlau	+1,00	+0,00	Piechel	—0,79	—0,50
Plock	+1,02	+0,00	Dirschau	+1,00	+0,70
	11. 12.	12. 12.	Einlage	+1,94	+2,22
Thorn	+0,94	+0,87	Schleusenpforte	+2,20	+2,12
Jordon	—0,16	—0,05	Schneid D. P.	+0,00	+0,00
Culm	—0,68	—0,58	Salzenberg D. P.	+0,00	+0,00
Graudenz	+0,56	+0,50	Neuhofersdorf	+0,00	+0,00
Kurzebrack	—0,00	—0,66	Anwachs	+0,00	+0,00

Beischel. Von Kilometer 0 (Schellno) bis Kilometer 87. Eisstand, bis Kilometer 78 schwaches Eisstreifen, bis Kilometer 70 Eisstand, bis Kilometer 80 eisfrei, bis Kilometer 100 Eisstand, bis Kilometer 102 schwaches Eisstreifen, bis Kilometer 110 Eisstand, bis Kilometer 158,0 eisfrei, bis Kilometer 158,5 Eisstand, bis Kilometer 163,8 eisfrei; bis Kilometer 215,3 Eisstand, bis zur Mündung Jungelstreifen. — Eisbrechdampfer „Ossa“, „Montau“, „Rogat“ liegen in Einlage, die übrigen in Danzig-Kraut.

Gosda Schnupftabak
garantiert rein gekachelt

Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Hildergasse 4.

Vermischtes.

Schmugglerkämpfe. An der deutsch-holländischen Grenze sind letzter Tage verschiedene Gefechte zwischen deutschen und holländischen Grenzbeamten in der Gegend bei Nachen vorgekommen. Die Beziehungen zwischen den beiderseitigen Grenzbeamten haben sich wegen der großen Einkäufe, welche die Holländer in den deutschen Orten machen, so verschlechtert, daß die Holländer auf deutschem Gebiet mehrfach überfallen wurden. In der Nähe von Kerkrade dauerte der Kampf Stundenlang, weil die Polizei ohnmächtig gegenüber der Menge war. Bei Krefeld fand ein Straßenkampf zwischen beiden Parteien mit Messern statt, wodurch eine Anzahl Personen verletzt wurde. Die Holländer stützten sich auf die Grenze. Die Verbote, an Ausländer Waren zu verkaufen, werden jetzt in den Grenzorten dadurch umgangen, daß deutsche Bewohner die Waren kaufen und nachts über die Grenze nach Holland schmuggeln. Dieses Gewerbe hat innerhalb weniger Tage unheimliche Formen angenommen. Zwischen Nachen und Cleve im besetzten Gebiet steht dieser Schmuggelhandel in höchster Blüte. Die Soldaten und Offiziere der Besatzungsarmee, die in den Grenzorten liegen, unterstützen die Schmuggler teilweise, als sie die Maßnahmen der deutschen Ortsbehörden an der Grenze ignorieren. Die Zollämter an den Eisenbahnlinien nach Holland sind vor einigen Wochen mit Ausschläßbeamten reichlich versehen worden, worauf die ausländischen Händler die Warenausfuhr nunmehr auf die stillen Landwege zwischen beiden Ländern verlegt haben, wo deutsche Zollbeamte nicht vorhanden sind.

Der Tritt des Verleiderers. Während es dem Verleiderer Laubruß nicht gelungen ist, seinen Klienten vor dem Todesurteil zu bewahren, gelang einem anderen berühmten Pariser Rechtsanwalt Rochaud dieses Kunststück in einem anderen Fall, in dem ebenfalls bei einer Anklage auf Mord

die Leiche nicht gefunden worden war. Er suchte nachzuweisen, daß der angeklagte Getötete sehr gut noch leben könne und rief aus: „Wenn ich Ihnen sage, meine Herren, daß dieser Mann, den Sie für ermordet halten, nicht tot ist, daß er noch lebt und in unserer Stadt wohnt, nicht nur in unserer Stadt, sondern hier an Ort und Stelle... Sehen Sie, meine Herren, da ist er!“ Und mit erhobenem Arm zeigte er nach der Ecke des Saales. Alles blickte empor, und eine Unruhe und Aufregung bemächtigte sich der Richter. Rochaud aber fuhr fort: „Ein einzelnes Wort, eine einzige Gebärde hat genügt, um in Ihnen den Zweifel zu erwecken. In dem Augenblick, da Sie zweifeln, verbietet Ihnen Ihr Gewissen zu verurteilen.“ Und wirklich wurde der Angeklagte freigesprochen.

Der Steinach-Hund. Eine bemerkenswerte Versäuerungsoperation hat Dr. Knud Sand vom pathologischen Institut des Kopenhagener Gemeindefrankenhauses ausgeführt, indem er im vergangenen Sommer an einem stillen Jagd-Hund eine Steinach-Operation vornahm, die über alles Erwarten gelungen zu sein scheint. Im Mai erhielt Dr. Sand wie er in der dänischen Wochenschrift für Tierärzte erzählt, von einem Bekannten einen Jagd-Hund, der 12½ Jahre alt und so elend war, daß er eigentlich vergriffen werden sollte. Der Besitzer stellte ihn der Wissenschaft zur Verfügung. Vor der Operation wurde das Tier (ein deutscher Kurzhaariger Fühnerhund mit gutem Stammbaum) einer Untersuchung auf der landwirtschaftlichen Hochschule unterzogen. Man befand sich dort, der Hund sei so altersschwach, daß man nur zur Tötung raten könne. Der Hund war matt, die Augen trüben, das Gehör war schlecht, das Fell wies kahle Stellen auf. Der Hund bewegte sich nur mit Mühe und knickte dauernd zusammen. Also alles deutliche Zeichen von Altersschwäche. Tagelang nach der Operation lag der Hund schlaftrig da, und auch nach einem Monat zeigte sich noch keine Veränderung. Der Eigentümer, der ihn im selben Zustand

wie vorher zurückbrachte, beschloß, ihn — um der Wissenschaft willen — noch einen Monat leben zu lassen. In den nächsten drei Wochen aber begann der Hund aufzuleben. Die Haare wuchsen, der Appetit wurde stärker und das Interesse für die Umwelt größer. Es ging weiter vorwärts, und im September nahm der Besitzer den Hund mit auf die Jagd. Er bewährte sich glänzend; er läuft vor dem Rad mit 15 Kilometer Geschwindigkeit, ist wachsam, und sein Gebell ist volltönend. Eine neue Untersuchung in der landwirtschaftlichen Hochschule bestätigte die Versäuerung. Dr. Sand will aus diesem Einzelfall keine allgemeinen Schlüsse ziehen, veröffentlicht aber diese „Aranken-Geschichte“, um zu weiteren ähnlichen Versuchen anzuregen.

Feuerfestes Holz. In England ist ein neues Verfahren bekannt geworden, um Holz unentflammbar zu machen. Das Holz wird in geschlossenen Zylinder einer Dampf- und Vakuumbehandlung unterworfen, durch die die Luft und die Feuchtigkeit aus den Holzporen entfernt und die Säfte verdunstet werden. Das Holz wird dann unter hydraulischem Druck mit einer Lösung feuerbeständiger Chemikalien imprägniert. Nach Austrocknen des Lösungswassers bleiben die chemischen Stoffe in kleiner Kristallform in den Holzfaseren eingebettet. Diese Kristalle dehnen sich in der Hitze aus und umgeben das Holz mit einem Überzug, der die Entflammbarkeit unmöglich macht. Wenn auch die Wirkung der Kristalle sich verbraucht und das Holz nach und nach verkohlen kann, so kann sich doch eine Flamme nicht entwickeln. Das behandelte Holz unterscheidet sich in seinem Aussehen nicht weiter von gewöhnlichem Holz, und eingeschlagene Nägel und Schrauben rosten nicht.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Weber in Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Dölna. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Sozialdemokratischer Verein Danzig Stadt

Am Sonntagabend verschied unerwartet an einem Herzschlag unser Mitglied,
der Senats-Angestellte

Bernhard Löwenthal

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13. Dezember, um 12 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes Stolzenberg aus statt. (5729)

Am 10. Dezember 1921 verstarb ganz plötzlich unser lieber Förderer und Freund,
Genosse

Bernhard Löwenthal

Wir werden ihn, der uns so treu und hilfsreich in unserem Jugendheim zur Seite gestanden hat, nie vergessen. (5731)

Verein „Arbeiterjugend“, Ortsgr. Langfuhr.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Montag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr:
Erhöhte Preise! Dauerkarte D 1.
Erstes Gastspiel Paula Somary, Berlin.

Nora

Schauspiel in drei Akten von Henrik Ibsen
Titelrolle: Paula Somary als Gast.
Dienstag, abends 6½ Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Gastspielpreise. Letztes Doppelgastspiel Ottilie Mehger-Pattermann und Marcelle Kaefer. „Alba“.
Mittwoch, abends 7 Uhr: Dauerkarte E 1. Erhöhte Preise. Letztes Gastspiel Paula Somary, Berlin. „Nora“. Schauspiel.
Donnerstag, abends 7 Uhr: Dauerkarte A 11. „Nanon, die Wirtin vom goldenen Lamm“. Operette.
Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarte B 11. „Mignon“. Oper.
Sonntag, abends 6½ Uhr: Dauerkarte C 11. Erhöhte Preise. Einmaliges Gastspiel Dr. Ludwig Willner. „Wallensteins Tod“. (Wallenstein: Dr. Ludwig Willner als Gast.)
Sonntag, vorm. 11 Uhr: 11. (literarische) Morgenfeier. Dr. Ludwig Willner „Goethe-Rainer, M. Rilke-Oscar Wilde“.
Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Die Ballerina des Königs“.

Volksfürsorge,

Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Vereine
— Sterbekasse. —
Kein Polleckenverfall.
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Verlangen Sie die
„Volksstimme“
in den Gaststätten!

Ämtliche Bekanntmachungen.

Berordnung betreffend Bestandsaufnahme von Kartoffeln bei Händlern.

Auf Grund § 3 des Gesetzes vom 2. Dezember 1921 betreffend die Kartoffelverorgung für das Jahr 1921/22 wird angeordnet:

einzigster Paragraph:

Alle Kartoffelhändler im Gebiet der Freien Stadt Danzig haben bis zum 15. Dezember 1921 bei ihrem Kommunalverband zu melden, welche Bestände an Kartoffeln sie am 24. November und am 13. Dezember 1921 hatten.

Danzig, den 9. Dezember 1921. (5730)

Der Senat.

gez. Sahm. gez. Eichert.

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann.

Montag, den 12. Dezember, 7½ Uhr:
Kasseneröffnung 8 Uhr.

Mascottchen

Operette in 3 Akten von Walter Bromme.

Mittwoch:

Der Graf von Luxemburg.

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (566)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.



LIKOR-FABRIK

SPEZIALITÄT:
„DANZIGER POMUCHEL“
PROBIER-STUBE
Heilige Geistgasse Nr. 110.

Stenographie

Einzelunterricht 4971
Tages- u. Abendkurse.
100 Slade, Neugarten 11.

Weichblei kauft

Buchdruckerei „Danziger Volksstimme“
Am Spandhaus 6.

100 000 Mark Belohnung!

In der Nacht vom 4. zum 5. November d. J. sind in Platenhof auf bisher unaufgeklärte Weise die Eheleute Hans und Kaethe Mekelburger ermordet.

Die Familien der ermordeten Eheleute sehen hiermit eine Belohnung von 100 000 Mark auf die Ermittlung des Täters oder der mehreren Täter aus.

Die 100 000 Mark befinden sich in Verwahrung des unterzeichneten Rechtsanwalts Rosenbaum in Danzig zur Verfügung der Staatsanwaltschaft in Danzig. Sie werden an den ausgezahlt, durch dessen sachdienliche Mitteilungen es gelingt, den Täter bis zum 31. 12. 1922 zu ermitteln, sobald er rechtskräftig verurteilt wird.

Aber die Auszahlung, gegebenenfalls die Verteilung der Belohnung an mehrere Berechtigte entscheidet unter Ausschluß des Rechtsweges der Oberstaatsanwalt in Danzig.

Alle sachdienlichen Mitteilungen sind ausschließlich an die Staatsanwaltschaft in Danzig zum Aktenzeichen 9. J. 2636/21 zu richten. 5698

Rosenbaum

Rechtsanwalt
Danzig, Langermarkt 19

Hoppenrath

Rechtsanwalt
Tiegenhof

Soeben erschienen!

Arbeiter-Notiz-Kalender 1922

Preis 4.— Mark.

Buchhandlung Volkswacht,
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Stroh-
Panama-
Velour-
Filz-

Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit

umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle
nur Lawendelgasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle)

Doppelkorn mit Korn

berühmt vertrieben

Goldgrün

doppelstark, geruchlos,
in Apotheken u. Drogerien.

Supper, Messing
Blei, Zink usw.

kauft zum Tagespreis 1900
Junkerstraße 8.
Arndt, Pfefferstadt 31.

Alt-
Metalle

und
Eisen

kauft
Altmetall
Einkaufs-Kontor
Am Jakobstor Nr. 8
am Hauptbhf. Tel. 5149
Preise sind
nicht herabgesetzt.